



Andreas Etges, Winfried Fluck (Hg.)

AMERICAN DREAM?

Eine Weltmacht in der Krise

campus

American Dream?

Nordamerikastudien

Eine Schriftenreihe des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin, des Zentrums für Nordamerika-Forschung (ZENAF) der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und des Instituts für Anglistik und Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Band 30

Herausgegeben vom John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin.

Andreas Etges ist Professor für Geschichte am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. *Winfried Fluck* ist dort Professor für Kulturtheorie und Kulturgeschichte.

Andreas Etges, Winfried Fluck (Hg.)

American Dream?

Eine Weltmacht in der Krise

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-39531-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne
Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlagmotiv: © istockphoto.com/blueclue
Satz: Dominik Fungipani
Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.
www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort	
<i>Andreas Etges, Winfried Fluck</i>	7
Failure to Rise: Das mangelhafte Krisenmanagement der USA	
<i>Paul Krugman</i>	13
Tocqueville in Zeiten der Krise	
<i>Winfried Fluck</i>	35
»Never waste a good crisis.« Krisen in der US-Geschichte und ihre innen- und außenpolitischen Folgen	
<i>Andreas Etges</i>	55
Der Nationale Sicherheitsstaat und weitere Gefahren für die amerikanische Demokratie	
<i>Frederick A. O. Schwarz</i>	73
Post-Polanyianische Reflektionen über die Krise des Kapitalismus	
<i>Nancy Fraser</i>	89
Krise der Stadt – Stadt in der Krise	
<i>Margit Mayer</i>	111
Die <i>Tea Party</i> -Bewegung und die Krise der amerikanischen Demokratie	
<i>Thomas Greven</i>	137
Das Ende des <i>American Century</i> ?	
Der Niedergang der globalen Hegemonie der USA und seine Auswirkungen auf die internationale Politik	
<i>Lora Anne Viola</i>	159

Krise und »Rasse«: Wie Hypersegregation strukturellen Rassismus erzeugt <i>Norbert Finzsch</i>	177
Kann die Finanzindustrie die öffentlichen Universitäten retten? <i>Bob Meister</i>	195
»It's All in the Game« – David Simons <i>The Wire</i> als naturalistische Krisenerzählung <i>Laura Bieger</i>	215
»We went somewhere and did something.« Nachrichten aus dem Irakkrieg <i>Ulla Haselstein</i>	241
Gespaltene Realitäten – die amerikanischen Medien in der Krise <i>Harald Wenzel</i>	255
Autorinnen und Autoren	289

Vorwort

Andreas Etges, Winfried Fluck

Bestandsaufnahmen der amerikanischen Gesellschaft sind unter verschiedenen Aspekten denkbar. Gegenwärtig drängt sich jedoch kein Begriff stärker auf als der der Krise. Spätestens seit der Finanzkrise steht der Begriff im Zentrum nahezu aller Analysen der amerikanischen Gegenwartsgesellschaft. Diese Analysen sind inzwischen längst über die finanzielle Ebene hinausgegangen. Wie Nancy Fraser in ihrem Beitrag zu diesem Band ausführt, hat die Krise des Finanzsystems zu weitreichenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen geführt, die ein bereits vorhandenes Krisenbewusstsein verstärkt haben. In vielen kritischen Kommentaren wird von einer Vertrauenskrise der amerikanischen Demokratie gesprochen. Das ist umso erstaunlicher, als Barack Obama vielen Amerikanern bei seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten als großer Hoffnungsträger für eine positive Wende erschien. Doch überwiegt inzwischen in der amerikanischen Öffentlichkeit die Sorge um einen Niedergang der amerikanischen Gesellschaft, wird die langjährige Vorbildrolle der USA als Musterland der Demokratie in Frage gestellt und außenpolitisch der Verlust der amerikanischen Führungsrolle beklagt. Unübersehbar ist die gegenwärtige Krise auch eine des amerikanischen Selbstverständnisses und damit des Glaubens an einen amerikanischen Exzeptionalismus.

Der vorliegende Band will einen Beitrag zum Verständnis der Gründe, Erscheinungsformen und Auswirkungen dieses Wandels des amerikanischen Selbstverständnisses leisten. Es geht uns um eine Bestandsaufnahme, die ein möglichst umfassendes, fächerübergreifendes Bild neuer und relevanter Entwicklungstendenzen in den USA geben soll. Paul Krugman zeichnet die weitreichenden Folgen der Finanzkrise für die amerikanische Wirtschaft nach. Margit Mayer analysiert die damit verbundenen sozialen Verwerfungen, und Norbert Finzsch weitet diese Analyse auf den aktuellen Stand der Rassenbeziehungen in den USA aus. Thomas Greven beschreibt mit dem *Tea Party Movement* eine neue Bewegung des politischen Protests und ihres

Einflusses auf die amerikanische Politik. Bob Meister zeigt am Beispiel der öffentlichen Universitäten Kaliforniens, in welchem Ausmaß das amerikanische Bildungssystem inzwischen einer tiefgreifenden Veränderung durch einen Prozess der »Finanzialisierung« unterworfen ist. Lora Anne Viola geht den Konsequenzen nach, die das gegenwärtige Krisenbewusstsein für das Selbstverständnis der amerikanischen Außenpolitik hat und analysiert, wie sehr diese gegenwärtig von der Sorge über eine Gefährdung der internationalen Führungsrolle der USA geprägt ist. Frederick Schwarz führt unter dem Stichwort des *National Security State* aus, wie in Reaktion auf die internationale Gefahrenlage Sicherheitsmaßnahmen institutionalisiert worden sind, die die Demokratie aushöhlen und einen permanenten Ausnahmezustand schaffen. Nancy Fraser diskutiert den Begriff der Krise im umfassenderen sozialtheoretischen Kontext von Karl Polanyis These einer »großen Transformation«, mit der im 19. Jahrhundert eine Verselbständigung der Ökonomie begann, und fragt, in welcher Hinsicht dieses Erklärungsmodell heute einer Ergänzung bedarf.

Auch in der amerikanischen Kultur ist die Krise längst zum Thema geworden, wie Laura Bieger in ihrer Analyse der vielbeachteten amerikanischen Fernsehserie *The Wire* aufzeigt. In welcher Weise neue Medien dabei die Funktion der Kultur verändern, verdeutlichen Harald Wenzel in einem Beitrag über grundlegende Veränderungen in der amerikanischen Medienlandschaft und Ulla Haselstein in ihrem Beitrag zu neuen Formen der literarischen Auseinandersetzung mit dem Irakkrieg. In den Beiträgen der beiden Herausgeber dieses Bandes werden diesen Bestandsaufnahmen zwei historische Perspektiven mit jeweils anderem Akzent hinzugefügt. Winfried Fluck geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie die gegenwärtige Krise mit dem Bild der amerikanischen Demokratie vereinbar ist, das Alexis de Tocquevilles Studie *Über die Demokratie in Amerika* spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem Schlüsseltext des amerikanischen Selbstverständnisses gemacht hat. Andreas Etges ruft in seinem historischen Überblick in Erinnerung, dass Krisen seit der Unabhängigkeit zur Geschichte der USA gehört haben und jene Krisendiagnosen, für die der Niedergang der USA bereits beschlossene Sache ist, diese historische Dimension nicht aus dem Blick verlieren sollten.

Tatsächlich haben die USA in ihrer Geschichte immer wieder eine erstaunliche Fähigkeit zur gesellschaftlichen Erneuerung und Reform bewiesen. Nicht zu übersehen ist auch, dass dem Krisenbegriff, der ja derzeit nicht nur in der Beschreibung amerikanischer Zustände Konjunktur hat, sondern beispielsweise auch in Diskussionen der Europäischen Gemeinschaft oder

der Globalisierung dominiert, eine Tendenz zur (Melo-)Dramatisierung eigen ist, die vor Übertreibungen nicht gefeit ist. Der Begriff Krise bezieht seine starke imaginäre und emotionale Resonanz nicht zuletzt aus dem medizinischen Bereich, wo die Krise jener Moment ist, an dem sich entscheidet, ob der Patient wieder genesen wird oder ob es bereits zu spät ist. In seiner melodramatischen Beschwörung eines kritischen Wendepunktes, der besondere Herausforderungen an die Verantwortlichen stellt, ist der Begriff ideal geeignet für politische und kulturelle Auseinandersetzungen, in denen Opponenten gezielt mit dem Stigma von verantwortungslosen Krisenverursachern versehen werden und der eigenen Partei die Rolle des heroischen Retters zugesprochen werden kann. Wer heute in einen amerikanischen Buchladen geht (sofern am Ort noch vorhanden), kann daher auf ganze Regale von aktuellen Krisendiagnosen treffen, in denen der Krisenbegriff oft genug für die politische Auseinandersetzung instrumentalisiert wird. Die Klage über den Niedergang der eigenen Gesellschaft ist seit jeher eine bevorzugte Form der Selbstlegitimation, die auch in der amerikanischen Gesellschaft eine lange Tradition hat und bereits bei den Puritanern zu finden ist.

Diese rhetorische Dimension und Funktion des Krisenbegriffs sollte bei allen Krisendiagnosen in Rechnung gestellt werden. Aber es lässt sich auch nicht übersehen, dass die gegenwärtige Krise der amerikanischen Gesellschaft nicht nur auf der rhetorischen Ebene stattfindet. Das Krisenbewusstsein, das gegenwärtig alle Schichten der amerikanischen Gesellschaft durchzieht und, wie dieser Band dokumentiert, nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst, hat eine sehr reale Basis mit weitreichenden Folgen für die Betroffenen selbst (zu denen im Übrigen nicht nur Amerikaner gehören). Diese Folgen unter dem Stichwort »Das Ende des amerikanischen Traums« zu subsumieren, soll nicht dazu dienen, ein Klischee der Amerika-Kritik wiederzubeleben, sondern den Blick auf eine in der Tat gravierende Konsequenz der gegenwärtigen Krise zu lenken. Denn die USA werden auch heute noch exemplarisch als das Land sozialer Mobilität angesehen, und das Versprechen gleicher Aufstiegschancen war immer ein zentrales Element des amerikanischen Selbstverständnisses.

Dieses Versprechen, so der übereinstimmende Tenor vieler heutiger Kommentare, steht jedoch gegenwärtig in Frage. Die Ungleichheit in Vermögen und Einkommen hat in der amerikanischen Gegenwartsgesellschaft ungewöhnliche Ausmaße angenommen. Das Einkommen nicht nur der unteren, sondern auch der mittleren Schichten stagniert seit zwei Jahrzehnten. Das Bildungssystem wird zunehmend zu einem Instrument sozialer Selektion.

tion. Die Schere in den Vermögenswerten zwischen der weißen Mehrheit und ethnischen Minderheiten, insbesondere Schwarzen und Latinos, hat sich im letzten Jahrzehnt nicht verringert, sondern dramatisch erweitert. Der für die Vermögensbildung in den USA besonders wichtige Immobilienmarkt wird noch auf Jahre unter den Folgen der Finanzkrise leiden und damit traditionelle Aufstiegs- und Mobilitätsmuster blockieren. Die private und öffentliche Verschuldung ist hoch und zwingt zu einschneidenden Sparmaßnahmen, die wiederum negative Folgen für die Wirtschaft haben. All das hat Auswirkungen darauf, was sich der Staat und seine Bürger noch an sozialen Sicherungssystemen und wirtschaftlichen Anreizen, an Krankenversicherung und Bildung, an Infrastrukturmaßnahmen und privatem Konsum leisten können.

Das Gefühl, der amerikanische Traum stoße an seine Grenzen, wird durch die Debatte über eine Krise der amerikanischen Demokratie verstärkt. Diese Debatte hat ihren Ursprung in dem wachsenden Eindruck, dass die politischen Entscheidungsprozesse nicht mehr transparent und fair verlaufen. Klagen über Washington sind inzwischen Legion. Dabei stößt man vor allem auf drei wiederkehrende Themen. Eins ist die zentrale Rolle des Geldes in der amerikanischen Politik, wobei die Spender, wie Frederick Schwarz in seinem Beitrag zeigt, anonym bleiben dürfen und es keine Beschränkung über die Höhe der Spenden gibt. Seit einem aktuellen Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA trifft das nun auch auf Unternehmen und andere Interessengruppen zu, sodass im Dunkeln bleibt, wer welchen Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen versucht. Auch die exzessive Geheimhaltung und die rechtlichen Freiräume, die sich die Exekutive im Rahmen eines selbsterklärten permanenten Ausnahmezustands selbst geschaffen hat, führen in der Konsequenz zu einer Demokratie mit undurchsichtigem Schattenbereich. Schließlich bewegt sich das politische System durch die starke Polarisierung der politischen Auseinandersetzung, die mittlerweile auch die Medien erfasst und zu einer verstärkten Politisierung auch des Rechtssystems zu führen beginnt, am Rande der politischen Lähmung. Immer neue Korrekturen des Zuschnitts von Wahlkreisen, um eigene Mehrheiten zu sichern, und neuerliche Barrieren für die Stimmabgabe bei politischen Wahlen verstärken das Gefühl, die amerikanische Politik verrate in ihrem unverhohlenen Machtkalkül die politischen Ideale des Landes.

Die weitergehende Frage, die sich mit diesem Befund stellt, ist die, ob die genannten Entwicklungen vorübergehender Art sind oder grundlegendere Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft anzeigen. Ersteres ließe

sich als Pendeltheorie der Krise bezeichnen, in der davon ausgegangen wird, dass moderne westliche Gesellschaften unvermeidlicherweise immer wieder Phasen der Krise durchlaufen, die, so folgenschwer sie für die Betroffenen auch sein mögen, zur »kreativen Zerstörung« obsoletter Strukturen beitragen und somit auf ihre Weise durchaus einen Beitrag zur gesellschaftlichen Erneuerung leisten können. Demokratie und Moderne sind per Definition inhärent labile, krisenanfällige Systeme, und die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ist fast schon ein Gemeinplatz. Was aber, wenn die derzeitige Krise und ihre Folgen nicht nur vorübergehender Art sind, sondern grundlegendere Veränderungen im Macht- und Sozialgefüge der USA anzeigen? Im Gegensatz zur Pendeltheorie ließe sich in diesem Fall von einer systemischen Krise sprechen, die ernster und weitergehender ist als in früheren Fällen. Die gegenwärtige Krise könnte dann als ein Signal angesehen werden, dass in den USA politische und soziale Veränderungen im Gange sind, die eine neue Qualität besitzen und den Charakter der amerikanischen Gesellschaft wie auch der amerikanischen Demokratie zu verändern begonnen haben. Der vorliegende Band hat diese Frage nicht zum Thema, aber er will Informationen und Argumente für die Diskussion dieser Schlüsselfrage bereit stellen, mit der letztlich auch die Frage nach der Notwendigkeit einer Korrektur unseres Amerikabildes verbunden sein könnte.

Die Beiträge zu diesem Band wurden zuerst als Vorträge im Rahmen einer öffentlichen Ringvorlesung an der Freien Universität gehalten, die von den Herausgebern dieses Bandes organisiert wurde. Wir konnten dabei auf das breite multidisziplinäre Spektrum des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der Freien Universität zurückgreifen, in dem sozial- und geisteswissenschaftliche Fächer gleichermaßen vertreten sind und eine genuin interdisziplinäre Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ermöglichen. Mit Norbert Finzsch, Nancy Fraser, Paul Krugman, Bob Meister und Frederick Schwarz konnten zudem prominente Sprecher von außerhalb gewonnen werden, die zu den führenden Autoritäten in ihren Arbeitsgebieten gehören. Wir danken dem Präsidialamt der Freien Universität und der Stiftung Luftbrückendank für die finanzielle Unterstützung der Vorlesungsreihe wie auch des Buchprojekts. Brigitte Werner, Programmdirektorin des »Offenen Hörsaals« an der Freien Universität, erwies sich dabei als wichtige Fürsprecherin. Brigitte Donicht-Fluck, Linn Friedrichs und Julian Henneberg haben durch ihre Übersetzungen die rechtzeitige Fertigstellung des Bandes ermöglicht. Hans Anders, Pia Herzan und Jasmin Heermann haben beim Korrekturlesen assistiert.

Dominik Fungipani hat den Text gesetzt und druckfertig gemacht. Wir danken außerdem Irwin Collier sowie allen Mitarbeitern und hoffen, mit unserem Band einen Anstoß zu geben für eine dringend notwendige Debatte über die Veränderungen, die gegenwärtig in der amerikanischen Gesellschaft stattfinden und sich auch für die deutsche Gesellschaft als folgenschwer erweisen könnten.

Berlin, August 2011

Failure to Rise: Das mangelhafte Krisenmanagement der USA

Paul Krugman

Es ist keine Überraschung, dass sich eine interdisziplinäre Vortragsreihe in Zeiten einer Finanz- und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes – einer Krise, von der weit mehr Volkswirtschaften als nur die amerikanische betroffen sind – der Untersuchung amerikanischer Krisenerscheinungen widmet. Wir erleben gerade eine ganze Reihe globaler Finanzkrisen, und ich möchte an dieser Stelle um Nachsicht für den starken Amerika-Fokus meines eigenen Beitrages zu dieser Thematik bitten. Ich habe diese Perspektive zum einen deshalb gewählt, weil ich in dieser nationalen Wirtschaft »beheimatet« bin, zum anderen aber auch, weil sich herausgestellt hat, dass es etwas einfacher ist, die Daten für diesen speziellen Fall zusammenzutragen. In vielerlei Hinsicht lassen sich meine Aussagen zu den Vereinigten Staaten auch auf Europa als Ganzes anwenden. Zugegeben, in Deutschland ist die Krise anders verlaufen als in den Vereinigten Staaten, wenn auch nicht in einem Maße wie meist behauptet wird. Sobald wir jedoch von der Eurozone oder der Europäischen Union als für diesen Fall relevanter Wirtschaftseinheit ausgehen, ergibt sich ein Bild, das markante Ähnlichkeiten mit meinen Aussagen zu den Vereinigten Staaten aufweist.

Lassen Sie uns mit der traurigen Tatsache beginnen, dass die Vereinigten Staaten 2008/09 eine wahrhaft einschneidende Finanzkrise erlebten. Es ist an dieser Stelle nicht nötig, chronologisch genau ins Detail zu gehen, und ich werde auch nicht viel Zeit auf die Darstellung der Ursachen dieser Krise verwenden. Es herrscht breiter Konsens in Bezug auf das, was passiert ist: Der Finanzsektor geriet außer Kontrolle und es bildete sich in der Folge eine monströse Immobilienblase. Als diese platzte, verursachte das gravierende Schäden im Finanzsystem und bei den privaten Vermögensbilanzen. Finanzinstitutionen und Haushalte hatten nicht nur Schulden angehäuft, sondern darüber hinaus bedeutende Vermögenswerte verloren, mit denen die Schulden hätten ausgeglichen werden können.

Es besteht eine gewisse Versuchung, dieser Seite der Geschichte ein übergroßes Maß an Bedeutung zukommen zu lassen. Meiner Beobachtung zufolge verspüren viele Menschen besondere Lust dabei, vor allen Dingen die Exzesse des Booms zu betrachten. Diese Menschen tendieren dazu, auf moralischer Ebene zu argumentieren: Schaut euch die Bösartigkeit an, zu der Menschen fähig sind! Schaut, wie sich Neid, Gier und Leichtsinn ausbreiten und die Menschen sich hinreißen lassen! Während all dies sicherlich der Wahrheit entspricht und es in der Regel Spaß macht, diese dunkle Seite der menschlichen Natur in der Wirtschaftswelt offenzulegen, soll sie hier nicht unser Problem sein. Sie ist einer der Gründe für die Krise, aber die wichtigere Frage ist, wie wir aus dem Schlamassel wieder herauskommen.

Weder der Boom noch der Crash waren Phänomene globalen Ausmaßes, sondern auf den nordatlantischen Bereich begrenzt. Wir haben erlebt, dass sich große Immobilienblasen in vielen Teilen der Vereinigten Staaten sowie in einigen Teilen Europas bildeten. Die nordatlantische Krise folgte auf das Platzen der Immobilienblase, und was wir dann beobachten konnten, war typisch für eine sehr schwere Finanzkrise.

Laut Kenneth Rogoff, der zu der Geschichte und den Folgen der Finanzkrise forscht, erleben wir gerade eine »gewöhnliche schwere Finanzkrise«. Das mag sich seltsam anhören, aber wenn wir uns schwere Finanzkrisen tatsächlich einmal ansehen, liegen unsere jüngsten Erfahrungen in etwa im Durchschnitt der schweren Krisen der Vergangenheit. Es handelt sich also nicht um eine Wiederholung der Großen Depression der dreißiger Jahre. Das ist in keiner Weise beruhigend, aber wir befinden uns nicht in einer Krise, die mit dieser schlimmsten aller bisherigen vergleichbar wäre. Auf der anderen Seite ist es nicht übertrieben zu sagen, dass die derzeitigen Entwicklungen einem Zustand ähneln, der fast an die Große Depression heranreicht.

Abbildung 1 vergleicht die Arbeitslosenquoten nach drei schweren Finanzkrisen, die allesamt weniger schwerwiegend als die Große Depression der dreißiger Jahre waren. Diese Krisen lagen zeitlich und räumlich weit auseinander. »t« steht für das Jahr der jeweiligen Bankenkrise. Die lange Linie in der Mitte dokumentiert die Arbeitslosenquote der Vereinigten Staaten im Vorfeld und in der Zeit nach der Börsenpanik von 1893, der schlimmsten finanziellen Krise vor der Großen Depression.¹ Die lange, fast diagonale Linie

¹ Für die Wirtschaftshistoriker unter den Lesern muss festgehalten werden, dass wir nicht wirklich auf gesicherte Arbeitslosenzahlen für die 1890er-Jahre zurückgreifen können, so dass diese Darstellung auf den besten Schätzungen basiert.

steht für Schweden, das seine schwere Finanzkrise in den frühen neunziger Jahren durchlebte. Die kürzeste Linie steht für die aktuelle Krise der USA.

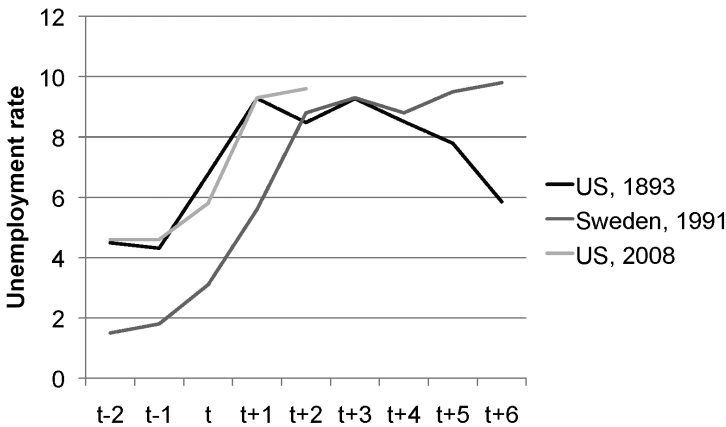


Abb. 1: Die Finanzkrise und Arbeitslosigkeit

Es gilt zwei wichtige Lehren aus dieser Darstellung zu ziehen: Erstens ist das Ausmaß der Finanzkrise von 2008/09 in den Vereinigten Staaten mehr oder weniger normal. Um ganz korrekt zu sein, und um meine Aussagen auf eine solide empirische Basis zu stellen, müsste ich eine größere Datenbasis verwenden. Aber Abbildung 1 illustriert sehr gut, dass das, was wir in den Vereinigten Staaten gegenwärtig beobachten, kaum unerwartet oder atypisch ist. Bei einer Betrachtung der Geschichte aller früheren Finanzkrisen hätten wir einen sehr deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote nach 2008/09 erwartet, was ja auch tatsächlich geschehen ist.

Die zweite Lektion, die aus Abbildung 1 gezogen werden kann, ist, dass auch lange Zeit nach einer schweren Krise noch mit hoher Arbeitslosigkeit zu rechnen sein wird. Schweden wird oft als Paradebeispiel für gutes finanzielles Krisenmanagement und Schadensbegrenzung angeführt, obwohl auch die schwedische Arbeitslosenquote in die Höhe schoss und lange auf einem hohen Stand blieb. Das relativ wohlhabende Schweden, das wir heute kennen, gibt es erst seit Ende der neunziger Jahre. Wenn wir fast ein Jahrhundert in der amerikanischen Geschichte zurück gehen, sehen wir, dass die Wirtschaft der USA nach der Panik von 1893 über viele Jahre stark rückläufig war. Wer also diesmal eine schnelle Erholung der USA (eine sogenannte »V-förmige«

Erholung) erwartet hat und angenommen hat, dass nicht viel mehr als die größte Schadensbegrenzung nötig sein würde, hat die Geschichte ignoriert.

Da wir nicht zu einer Wiederholung der Geschichte verdammt sind, stellen sich natürlich Fragen: Warum ist es heute nicht besser? Weshalb haben wir eine immer höhere Arbeitslosigkeit? Warum gibt es in den Vereinigten Staaten auch mehr als zwei Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers immer noch extrem langsames Wirtschaftswachstum, womöglich weiter steigende Arbeitslosigkeit und praktisch keine entsprechenden Initiativen aus der Politik, von einigen Maßnahmen der *Federal Reserve* vielleicht einmal abgesehen? Wie kann es sein, dass wir heute nicht besser dastehen als nach der Panik von 1893? Haben wir nichts aus dieser Erfahrung oder seitdem gelernt? Hat die Wirtschaftswissenschaft keine Fortschritte gemacht? Haben wir nicht bereits bessere, wirksame Strategien für den Umgang mit Nachfragerückgängen entwickelt? Wie kommt es, dass wir uns scheinbar nicht besser schlagen als unsere Ur-Ur-Großeltern angesichts der damaligen Krise?

Vor dieser Krise herrschte sogar breite Zuversicht darüber, dass wir uns in einem Fall wie diesem viel besser schlagen würden. Anlässlich des 90. Geburtstags von Milton Friedman hielt Ben Bernanke, Chef der amerikanischen Zentralbank, der *Federal Reserve*, auf einer Konferenz zu Ehren Friedmans eine berühmte Rede. Friedman und die Ökonomin Anna Schwartz haben ja bekannterweise argumentiert, dass die Große Depression hätte vermieden werden können, wenn nur die *Federal Reserve* ihre Arbeit ordentlich gemacht und Defizite bei der Geldmengenversorgung verhindert hätte. So kamen Friedman und Schwartz zu dem Schluss, dass es sich »nur« um ein Versagen der Geldmarktpolitik gehandelt habe, und dies, da wir die Lektion gelernt hätten, nicht wieder geschehen würde. Bernanke wandte sich Friedman zu und sagte: »Im Namen der *Fed* möchte ich sagen, dass Sie Recht hatten. Es war unsere Schuld. Es tut uns sehr leid, aber dank Ihnen wird es nicht wieder passieren.« Aber es ist doch wieder passiert. Um es zu wiederholen: Wir befinden uns nicht im Jahr 1933 und die Arbeitslosenquote beträgt zehn Prozent, nicht 20 Prozent. Aber die Situation ist unschön, sie ist schlimm, und wir erholen uns nicht. Also müssen wir nach den Gründen fragen, warum unsere Reaktion heute, angesichts dessen, was wir eigentlich gelernt haben sollten, so inadäquat ist.

Wir sollten nicht vergessen, dass wir hier über die USA sprechen. Man könnte argumentieren, dass ein Land wie Schweden als kleiner Akteur der Weltwirtschaft nur begrenzten Spielraum hat. Oder man geht, so wie ich, davon aus, dass es in gewisser Weise für ein kleines Land einfacher ist, mit

einer Finanzkrise umzugehen, als für ein großes Land. Aber die USA ist so autonom, wie es eine Wirtschaftsmacht sein kann – wie kommt es also, dass wir nicht in der Lage sind, besser mit dieser Krise umzugehen?

Die unmittelbare Antwort ist, dass jene Politik, die laut Milton Friedman im Stande ist, das Problem zu lösen und die aus Bernankes Sicht so einfach zu handhaben ist, ihre Grenzen hat. Wir haben uns dazu verleiten lassen, zu glauben, dass uns eine gute Geldpolitik aus jeder Rezession führen könne – überall und jederzeit. Wir dachten im Grunde, das Management von konjunkturellen Schwankungen könnten wir beruhigt den Technokraten in den Zentralbanken von Washington, D.C. oder Frankfurt überlassen, und dass diese »Geldingenieure«, die sich der breiten Öffentlichkeit weitgehend unverständlicher Techniken bedienen, das Problem in den Griff kriegen würden. Vor allem waren wir der Meinung, eine politische Antwort sei nicht wirklich notwendig. Insbesondere während der langen Amtszeit von Alan Greenspan als Chef der US-Zentralbank war der Glaube weitverbreitet, Onkel Alan könne die Wirtschaft in jedem Fall retten, egal was passiert.

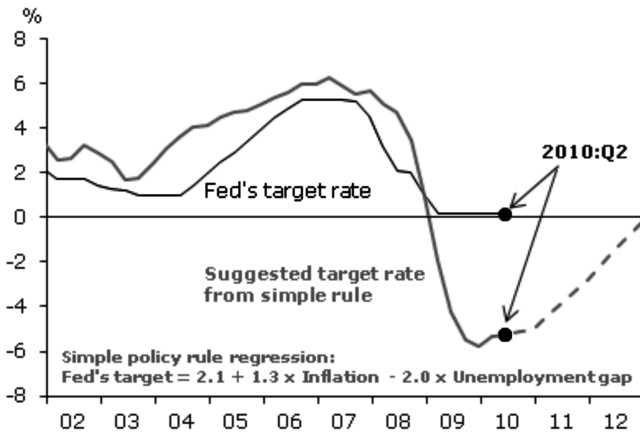


Abb. 2: Taylor-Regel und amerikanische Leitzinsentwicklung

Dennoch begannen einige Ökonomen mit Blick auf die Erfahrungen Japans in den neunziger Jahren und die der USA in den dreißiger Jahren, zu realisieren, dass Geldpolitik vielleicht doch kein Allheilmittel ist. Als ich im Jahr 2000 nach Princeton ging, gab es eine kleine Gruppe von Experten, die sich weniger optimistisch bezüglich Japan zeigten: Neben meiner Person

handelte es sich um Michael Woodford, Lars Svensson,² der jetzt in Schweden versucht, sein eigenes Land zu retten, und Ben Bernanke. Ja, derselbe Ben Bernanke, der später, auf Milton Friedmans 90. Geburtstagsfeier so viel Vertrauen in die Kräfte der Geldpolitik zum Ausdruck bringen sollte.

Abbildung 2, von der *Federal Reserve Bank* in San Francisco übernommen, bietet eine grafische Darstellung der geldpolitischen Regel, welche die gegenwärtige Politik der amerikanischen Zentralbank adäquat beschreibt, die sogenannte Taylor-Regel. Es zeigt sich, dass wir sowohl für die USA als auch für die europäische Zentralbank – obwohl wir im zweiten Fall keine vergleichbare historische Erfahrung zu Grunde legen können – Zinsentscheidungen mit Hilfe einer einfachen Regel bestimmen können. Diese Regel setzt die *short time rate* – den von der Zentralbank eines Landes vorgegebenen Leitzins – in Beziehung zu den Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten des jeweiligen Landes. Wenn die Arbeitslosenquote hoch und die Inflationsrate niedrig ist, senkt die Zentralbank die Zinsen. Wenn die Arbeitslosigkeit gering, die Inflationsrate aber hoch ist, hebt sie die Zinssätze an. Abbildung 2 zeigt eine solche statistisch angepasste Regel; die geschätzte Gleichung ist am unteren Rand des Diagramms angegeben. Von der statistischen Warte aus gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, um implizite Regeln zu berechnen, aber alle warten im Wesentlichen mit ähnlichen Antworten auf.

Die geschätzte Taylor-Regel entspricht sehr gut dem, was wir in der Vergangenheit beobachten konnten – jedenfalls bis zum Beginn der Krise. In den USA haben wir gerade eine Arbeitslosenquote von fast zehn Prozent und die von uns beobachteten Inflationsraten – bei denen Veränderungen von Lebensmittel- und Energiepreisen, also den stärker schwankenden Posten, nicht berücksichtigt werden – liegen bei unter einem Prozent. So sollte nach der Taylor-Regel in Abbildung 2 der Leitzins der amerikanischen Notenbank bei etwa minus fünf Prozent, beziehungsweise minus sechs Prozent liegen! Das ist natürlich nicht möglich. Die *Federal Reserve* könnte den Nominalzins auf beinahe Null senken, aber das ist die untere Grenze.³ Wir beobachten also gerade, dass die Banken enorme Reserven angesammelt haben, die nur »herumliegen«. In gewisser Weise halten sogar Haushalte und Unternehmen an Bargeld fest. Japan war das klassische Beispiel für dieses Verhalten in den

2 Svensson ist stellvertretender Leiter der *Sveriges Riksbank*.

3 Sollte die amerikanische Notenbank versuchen, den Zinssatz noch weiter zu senken (zum Beispiel indem sie eine Anleihe, die im nächsten Jahr einen Wert von 100 Dollar zu haben verspricht, heute für 105 Dollar verkauft), würden die Leute sicher stattdessen lieber an ihrem Bargeld festhalten (die entsprechenden 105 Dollar wären im nächsten Jahr noch gleich viel wert, das heißt sie hätten einen nominalen Zinssatz von null Prozent).

neunziger Jahren. Wie ein japanischer Ökonom treffend sagte: »Das einzig beständige Konsumgut, das sich in Japan zu diesem Zeitpunkt verkaufte, waren Tresore.« Das klingt vielleicht amüsant, deutet aber auf ein echtes Problem hin.

Für die meisten Menschen ist dieses Problem nicht direkt ersichtlich und auch seine Lösung liegt nicht auf der Hand. Dies liegt daran, dass Makroökonomie sowohl schwierig als auch kontrovers ist. In der Regel überlassen wir die Auseinandersetzung damit den Technokraten bei der *Federal Reserve* oder der europäischen Zentralbank. Diese Experten sind nicht gewählt worden, sondern wurden ernannt. So ist kein tieferes Verstehen auf Seiten der Politiker oder Wähler nötig. Aber wir haben einen Punkt erreicht, an dem diese technokratische Lösung nicht mehr funktioniert.⁴

Was sollte die Wirtschaftspolitik laut den Standardwerken der Makroökonomie tun, wenn sie sich in einer Situation wiederfindet, in der die Zinsen nicht weiter reduziert werden können, die Wirtschaft aber immer noch unter hoher Arbeitslosigkeit leidet und die Inflation unter ihre Zielvorgabe sinkt – oder, noch viel schlimmer, sich sogar in Richtung einer möglichen Deflation entwickelt? Das Lehrbuch verweist bei einer solchen Konstellation auf Fiskalpolitik. Das Problem sind zu geringe Ausgaben, was letztlich auch der Grund dafür ist, warum in diesem Zusammenhang von einer »Depression« gesprochen wird. Wir versuchen die Bevölkerung davon zu überzeugen, mehr Geld auszugeben. Genau das ist der Grund für Zinssenkungen in weniger kritischen Zeiten, in denen die nominalen Zinssätze noch weiter fallen können: Auf diese Weise versuchen die Zentralbanken, Haushalte und Unternehmen davon zu überzeugen, mehr auszugeben, sodass nur auf angespartes Vermögen zurückgegriffen wird und Arbeitssuchende wieder eingestellt werden können. Wenn wir das nicht mithilfe der Senkung von Zinssätzen erreichen können, bleiben andere Möglichkeiten, die Leute davon zu überzeugen, Güter und Dienstleistungen zu kaufen. Wir könnten zum Beispiel die Staatsausgaben erhöhen. Unsere Politiker lassen die Regierung Waren und Dienstleistungen kaufen, oder auch direkt Menschen beschäftigen, was ein offensichtlicher Weg ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Regierung könnte auch die Steuern senken oder den Bürgern direkt durch weitere finanzielle Unterstützung helfen und hoffen, dass sie das ihnen zusätzlich

⁴ Es gibt noch weitere Dinge, die man im Bereich Geldpolitik tun kann, und ich werde später auf diese Möglichkeiten zurückkommen. Verschiedene, eher unorthodoxe Maßnahmen sind möglich und werden auch zu einem gewissen Grad angewandt, aber es ist erstaunlich, wie selten auf sie zurückgegriffen wird.

zur Verfügung stehende Geld ausgeben. Ein fiskalischer Schub könnte unterschiedliche Formen haben.

In den USA waren wir Zeugen eines enormen politischen Kampfes um Obamas Wirtschaftskonjunkturprogramm, das sich auf etwa 800 Milliarden Dollar belief – eine Summe, die allgemein als eindrucksvolles Konjunkturpaket angesehen wurde. Erstaunlicherweise müssen wir aber feststellen, dass die USA keine ernstzunehmenden Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur ergriffen haben. Letztendlich gab es trotz der großen Debatte, trotz der Dringlichkeit und Schwere der Wirtschaftskrise nicht wirklich das für die wirtschaftliche Erholung tatsächlich notwendige Programm. Wie kann ich so etwas sagen, schließlich wurden 800 Milliarden Dollar bereitgestellt. Bevor ich darauf eingehe, will ich zunächst drei Abbildungen analysieren.

Es scheint in der amerikanischen politischen Debatte einen breiten Konsens darüber zu geben, dass wir seit Obamas Regierungsantritt eine enorme Ausweitung des Regierungsapparats beobachten konnten. Das behauptet auch Fox News. Aber wie könnte man ein solches angebliches Anwachsen wirklich messen? Man könnte sich zum Beispiel die Zahl der Arbeitsplätze anschauen. Wie viele Menschen arbeiten tatsächlich für die Regierung? Um das zu beantworten, müssen wir zunächst erläutern, was wir genau unter »Regierung« verstehen. Es gibt zum einen die Bundesregierung, die allerdings nicht sehr viele Menschen außerhalb des Militärs beschäftigt. Tatsächlich wird der größte Teil staatlicher Leistungen in den Vereinigten Staaten von einzelstaatlichen und lokalen Regierungen bereitgestellt. Die Antwort auf die Frage »Wer ist ein repräsentativer Regierungsangestellter?« wäre »ein Lehrer«. Lehrer werden bei lokalen Schulbezirken angestellt, die oftmals große finanzielle Unterstützung von den Regierungen der Einzelstaaten erhalten. Um eine Idee vom tatsächlichen Ausmaß des Regierungsapparats zu erhalten, muss man eigentlich nach der Gesamtzahl aller Beschäftigten auf *allen* verschiedenen Regierungsebenen fragen.

Die Vereinigten Staaten sind sehr großes Land, in dem rund 22 Millionen Menschen für die Regierung arbeiten. Nach meinen Schätzungen machen Lehrer, Feuerwehrleute und Polizisten etwa die Hälfte dieser Personengruppe aus. Der in Abbildung 3 auffällige Ausschlag des Graphen markiert einen enormen, temporären Zuwachs der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst. Ursache dafür ist die alle zehn Jahre vom United States Census Bureau durchgeführte Volkszählung. Für die Volkszählung 2010 wurden – zeitlich befristet – Mitarbeiter eingestellt, deren Beschäftigungsverhältnisse nach Abschluss des Zensus wieder beendet wurden. So erklärt sich also der

Ausschlag nach oben. Man sollte darauf achten, dass danach tatsächlich wesentlich weniger Menschen auf allen Ebenen der Regierung der Vereinigten Staaten beschäftigt waren als zu dem Zeitpunkt von Obamas Amtsantritt. Wie ist das zu erklären? Die Antwort findet sich im Finanzsystem der Vereinigten Staaten. Die US-Regierung verfügt zwar über ein bestimmtes Budget, aber unterliegt keinen wirklichen Beschränkungen, keinen verfassungsrechtlichen Grenzen, wenn es darum geht, ein Haushaltsdefizit zu beschließen. Abhängig von der Bereitschaft ausländischer Individuen und Institutionen, ihr Geld zu leihen, kann die Regierung soviel Kredite aufnehmen, wie sie möchte.

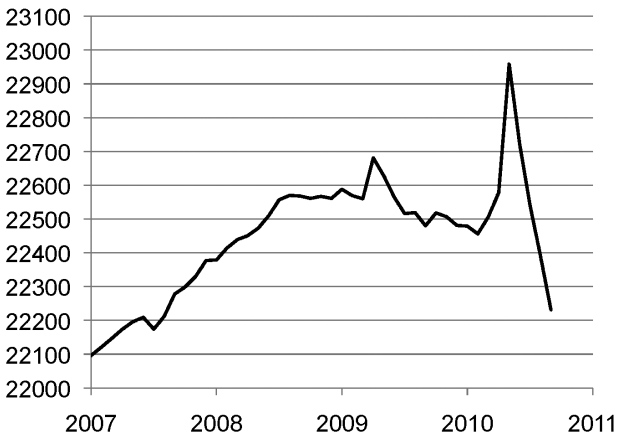


Abb. 3: Gesamtzahl aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Da die US-Regierung für den Haushalt die parlamentarische Zustimmung braucht, bedürfen auch Defizite der Zustimmung. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist an eine Schuldenobergrenze gebunden, die aber immer wieder wie selbstverständlich angehoben wurde. Die letzte formale Grenze wurde Anfang August 2011 erreicht und für Präsident Obama war die Auseinandersetzung mit dem Republikanischen Repräsentantenhaus im Kongress die Hölle auf Erden. Fast wäre es im Streit über die Schuldengrenze zu einem Staatsbankrott gekommen. Das Ergebnis dieses Showdowns zwischen Demokraten und Republikanern hat grundlegende Konsequenzen für den künftigen Umgang mit Sparmaßnahmen auf Bundesebene. Aber die Hintergründe des schwachen Konjunkturpakets müssen auf den unteren Regierungsebenen der Vereinigten Staaten gesucht werden. Bundesstaaten und

Kommunen dürfen keine Schulden machen. Die Details sind kompliziert zu erklären, aber es ist sowohl nach dem Gesetz als auch in rein praktischer Hinsicht schwierig für sie, über einen längeren Zeitraum größere Defizite anzusammeln. Sie müssen möglicherweise ab und an auf Bargeldreserven zurückgreifen oder bedingt Schuldanleihen ausgeben, aber grundsätzlich sind sie dazu verpflichtet, auf einer mehr oder weniger ausgeglichenen Haushaltsbasis zu arbeiten.

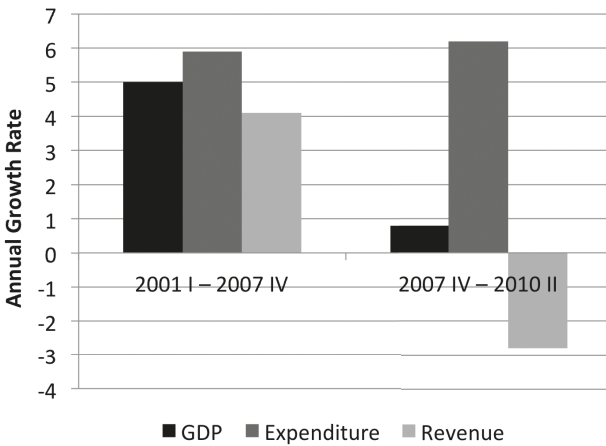


Abb. 4: Jährliche Wachstumsrate von Bruttoinlandsprodukt, Regierungsausgaben und -einnahmen

Mit dem schrecklichen Kollaps realwirtschaftlicher Aktivität nach der Finanzkrise von 2008/09 brachen die Einnahmen auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene ein, was zu Massenentlassungen von öffentlichen Angestellten überall in den USA führte. Viele Lehrer und Feuerwehrmänner verloren ihren Job; ebenso kam es zu Kürzungen bei Posten wie zum Beispiel der Straßensanierung. Ein großer Teil des 800 Milliarden Dollar starken Konjunkturprogramms wurde sinnvoller Weise in die Unterstützung bundesstaatlicher und kommunaler Regierungen investiert, um Kürzungen auf diesen Ebenen zu verhindern. Solange diese Gelder flossen, konnten Kürzungen zwar in Grenzen gehalten, aber nie komplett vermieden werden. Entgegen all dem Gerede über den expandierenden Regierungsapparat und fiskalpolitische Impulse gab es tatsächlich einen Rückgang in den Beschäftigungszahlen auf Regierungsebene bei landesweiter Massenarbeitslosigkeit. Ganz am Anfang der Krise schrieb ich eine Kolumne mit dem Titel »Fifty

Herbert Hoovers«⁵, in der ich prognostizierte, dass alle 50 Bundesstaaten in dieser Finanzkrise wie Herbert Hoover reagieren würden. Und das haben sie in der Tat. Was wir in Abbildung 3 sehen, ist der Kampf eines Barack Obama gegen 50 Herbert Hoovers, die letztlich gewinnen werden.

Beschäftigungszahlen sind aber nicht der einzige Maßstab für Regierungsaktivität. Regierungen tätigen eine Menge Einkäufe. Dabei outsourcen sie einen Großteil der Arbeit, die früher vielleicht noch von den eigenen Angestellten verrichtet worden ist. Im Hinblick auf die derzeitige Lage lohnt es sich in jedem Fall, einen Blick auf die Staatsausgaben und Defizite zu werfen. Es steht außer Frage, dass die Regierung im großen Stil Schulden gemacht hat. Abbildung 4 unterteilt die Geschichte der letzten zehn Jahre in zwei Abschnitte: Zum einen wird die Zeit zwischen zwei Konjunkturrückwärtspunkten, ab dem ersten Quartal des Jahres 2001 bis zum vierten Quartal 2007,⁶ dargestellt, zum anderen die Zeit von Ende 2007 bis Mitte 2010. Ein Blick auf die erste Periode zeigt, dass die Regierungsausgaben ein wenig schneller wuchsen als das Bruttoinlandsprodukt. Dies kann allgemein für alle Regierungsebenen festgehalten werden, und entsprechend stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung. Zum einen ist sie auf gestiegene Gesundheitsversicherungskosten zurückzuführen. Sowohl die *Medicaid*- als auch die *Medicare*-Programme sind schneller gewachsen als die Wirtschaft als Ganzes. Ein zweiter Faktor sind die Kriege, die Präsident George Bush begonnen hat. Beides zusammen genommen erklärt, warum die Gesamtausgaben der Regierung schneller wuchsen als die Wirtschaft. Das langsamere Wachstum der Einnahmen während der ersten Phase ist weitgehend auf die erheblichen Steuersenkungen zurückzuführen. Die zweite Phase in Abbildung 4 zeigt uns die finanziellen Auswirkungen der Krise (den nahezu vollkommenen Zusammenbruch des nominalen Bruttoinlandsproduktwachstums). Eigentlich beschönigt diese Darstellung den Kollaps der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, da das Niveau des Bruttoinlandsprodukts bereits

5 Der Artikel erschien am 28. Dezember 2008 in der *New York Times*. Als Präsident der Vereinigten Staaten versuchte Herbert Hoover das Haushaltsdefizit zu verringern, verschlimmerte die Depression aber nur weiter.

6 Wir vergleichen oft einen Höchststand mit dem anderen, um eine Vorstellung von langfristigen Trends in der Wirtschaft zu bekommen. Hierin steckt ein wenig Tolstoi: Alle glücklichen Volkswirtschaften sind einander ähnlich. Jede unglückliche Wirtschaft ist dagegen auf ihre ganz eigene Art unglücklich. Die Wirtschaften auf dem Höhepunkt des Konjunkturzyklus bewegen sich immer mehr oder weniger an der Kapazitätsgrenze. Auf diese Weise vermittelt uns die vergleichende Betrachtung von Höchstständen eine Vorstellung von den Trends in der Wirtschaftsleistung.

leicht zurückgegangen ist. Die Staatsausgaben sind auf allen Ebenen genau so schnell gewachsen wie zuvor. Das heißt, obwohl viele glauben, dass das große Hilfspaket eine Ausweitung des Regierungsapparats zur Folge hatte, gab es tatsächlich auf keiner Regierungsebene ein größeres Wachstum als vor der Krise. Die große Veränderung ist natürlich der Einbruch in den Staatseinnahmen, was große Haushaltsdefizite nach sich gezogen hat. Aber diese Defizite sind nicht Ausdruck expansiver Fiskalpolitik. Was man stattdessen beobachten kann, ist das Werk sogenannter automatischer Stabilisatoren. Die Tatsache, dass die Regierung einen ziemlich großen Anteil an der Wirtschaft hat und dass zumindest die Bundesregierung trotz der Einnahmehinbrüche keine Ausgabenkürzungen vornahm, trug dazu bei, eine zweite Große Depression abzuwenden. Aber wenn wir stattdessen nach einer weitergehenden politischen Antwort suchen, also nach ernsthaften Bemühungen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, anstatt darauf zu warten, dass das Steuer-Transfer-System den Schock ein wenig abmildert, so finden wir herzlich wenige Konjunkturprogramme zu einem Zeitpunkt, an dem sie so dringend gebraucht wurden.

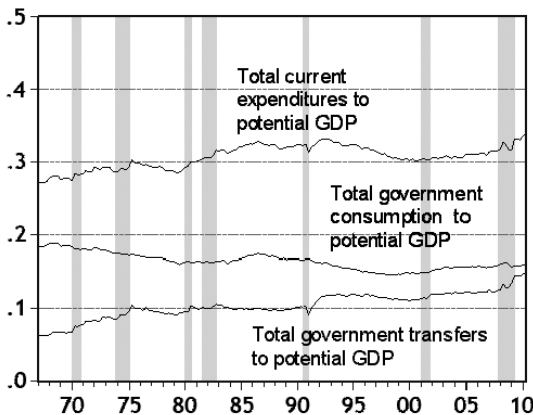


Abb. 5: Staatsausgaben der USA, bezogen auf das potentielle BIP (»potential GDP«) und Regierungsausgaben für Waren und Dienstleistungen

Abbildung 5 zeigt uns eine letzte Momentaufnahme der Staatsausgaben, dieses Mal bezogen auf das potentielle Bruttoinlandsprodukt. Die obere Linie stellt das Verhältnis der gesamten Staatsausgaben zum potentiellen Bruttoinlandsprodukt dar und zeigt einen allmählichen Aufwärtstrend. Die mittlere Linie zeigt den Wert der von der Regierung tatsächlich getätigten Ausgaben

für Waren und Dienstleistungen (darunter fallen zum Beispiel Schulunterricht, aber auch Panzer und Munition, sowie Infrastrukturausgaben und so weiter). Die untere Linie dokumentiert die Entwicklung der Transfers – die Geld- oder Sachleistungen, die eine Person von der Regierung erhält, also das Gegenteil von Besteuerung.

An Abbildung 5 wird deutlich, dass nur bei den Transferzahlungen ein Anstieg zu verzeichnen ist, zuletzt in Form von Arbeitslosengeld und Mitteln für die Gesundheitsversorgung von Bedürftigen. Die jüngste Rezession hat viele Menschen ihre Jobs gekostet und das Einkommensniveau so weit gesenkt, dass mehr Menschen Anspruch auf staatliche Unterstützung ihrer Krankenversorgung erhielten.

Das Interessante an diesen Zahlen zur Beschäftigung und den Ausgaben der Regierung – oder vielmehr die tragische Realität, die sich in diesen Zahlen widerspiegelt – ist die Tatsache, dass es quasi keine fiskalpolitische Reaktion auf die schwere Wirtschaftskrise gegeben hat. Es ist richtig, dass es einige positive fiskalpolitische Impulse auf Bundesebene gegeben hat, diese waren jedoch weit geringer als oft behauptet. Wenn wir den Abschwung auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene berücksichtigen, kann gesamtwirtschaftlich nicht ernsthaft von einem Konjunkturprogramm gesprochen werden. Hätte irgendjemand eine derart ausgeprägte finanzpolitische Passivität angesichts einer der größten Wirtschaftskrisen seit den dreißiger Jahren prophezeit, hätte ihm niemand geglaubt. Ich hätte ihm auch nicht geglaubt, sondern wäre mir sicher gewesen, dass die USA angesichts einer derart schweren ökonomischen Krise die übliche Zurückhaltung aufgegeben und die Krise viel nachdrücklicher bekämpft hätte. Aber das ist nicht passiert.

Was ist stattdessen geschehen? Das finanzpolitische Puzzle besteht aus verschiedenen Teilen. Das erste Puzzleteil ist die fehlende Weitsicht: Es gab keinen Konsens über das notwendige Vorgehen. Von Anfang an war klar, dass Teile des politischen Systems der USA jede Form eines starken finanzpolitischen Konjunkturprogramms ablehnen würden. Das hätte eine starke, expansive Fiskalpolitik nicht stoppen müssen oder sollen, denn trotz allem wurde im November 2008 ein Präsident gewählt, der mit deutlichem Vorsprung gewann und über große Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses verfügte. Allerdings sah sich Präsident Obama bereits früh in seinem Amt mit den legislativen Realitäten in den Vereinigten Staaten konfrontiert: So ist es sehr schwer, irgend ein Vorhaben ohne die Unterstützung von mindestens 60 der 100 Senatoren zu verwirklichen. Die Demokraten hatten »nur« eine Mehrheit von 58 Senatoren. Die knappe Handvoll Republikaner, die über-

haupt gewillt waren mit Obama zu verhandeln, erhielten unverhältnismäßiges politisches Gewicht in den legislativen Verhandlungen.

Ein zweites Puzzleteil ist die Neigung Obamas zur Selbstzensur, beziehungsweise seine Tendenz, alles mit sich selbst auszumachen, was schon relativ früh in seiner ersten Amtszeit beobachtet werden konnte. So war es die Obama-Administration selbst, die beschloss, dass das Hilfspaket nicht mehr als eine Billion Dollar umfassen durfte, obwohl es nach jeder vertretbaren makroökonomischen Rechnung substantiell über einer Billion hätte liegen müssen. Man verhielt sich, als sei eine Billion Dollar eine magische Zahl und als würde es die Situation noch verschlimmern, wäre diese Schwelle überschritten worden.

Wie berichtet wurde, hat Larry Summers⁷ ein Memorandum verfasst, in dem er argumentierte, dass ein größeres Konjunkturprogramm gar nicht nötig sei, weil die Wirtschaft sich bald erholen würde. Seiner Meinung nach bräuchten wir stattdessen nicht mehr als eine Versicherung gegen das Allerschlimmste. Ich verstehe nicht, wie Summers so denken konnte – vor allem im Hinblick auf die historisch verbrieften wirtschaftlichen Folgen von Finanzkrisen – aber das war die Aussage seines Memorandums.

Auch das letzte Puzzleteil war von Beginn an vorhanden: Die Angst, der Rentenmarkt könne sich im Falle eines wirklich starken fiskalpolitischen Eingriffs gegen die USA wenden und zu einer negativen Marktreaktion in Form deutlich höherer Zinssätze für staatliche Kredite führen. Dies entpuppte sich als eine der wirklich bemerkenswerten Geschichten dieser Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Regierung der Vereinigten Staaten lebte während der gesamten Krise in der Angst, der Rentenmarkt könnte sie nun in jedem Moment für ihre Haushaltsdefizite bestrafen. Dies gilt in großen Teilen auch für die Regierungen der anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Abbildung 6 begegnet diesen Ängsten mit einer Dosis Realität. An ihr wird deutlich, dass die amerikanischen 10-Jahreszinssätze über die letzten zwei Jahre zurückgegangen sind. Es handelt sich bei dieser Abbildung um eine äußerst interessante Grafik. Zunächst einmal verweist sie auf einen Zeitraum extrem niedriger Zinssätze Ende 2008/Beginn 2009, den ich als OMGWAGD-Periode bezeichne.⁸ Hierbei handelt es sich um die Zeit unmittelbar nach dem Konkurs von Lehman Brothers, als die Leute so ge-

⁷ Ich war *Senior International Economist* in Ronald Reagans Wirtschaftsrat. Damals war Lawrence Summers der *Senior Domestic Economist*. Summers ist der Mann, der später Finanzminister unter Präsident Clinton, danach Präsident von Harvard und zuletzt Präsident Obamas wichtigster Wirtschaftsberater werden sollte.

⁸ »Oh my God, we're all gonna die!« (Oh mein Gott, wir werden alle sterben!)

schockt waren, dass sie nur noch US-Staatsanleihen als einigermaßen sicher betrachteten. Also beeilten sie sich, möglichst viele davon zu kaufen. Das belegen die Zahlen. Wenn man wirklich davon ausgeht, dass sich die Welt der finanziellen Kernschmelze nähert, dann sind US-Staatsanleihen in der Tat die sicherste Wahl. Nicht etwa, weil sie per se sicher sind, sondern weil eine Welt, in der die USA in Verzug gerät, generell keinerlei Sicherheiten mehr bieten kann – außer vielleicht die Essensrationen im Bunker eines Überlebenskünstlers.⁹



Abb. 6: Zinsrate zehnjähriger US-Staatsanleihen

Als diese Phase zu Ende ging, begannen sich die Zinsen so zu erholen, wie sie sollten, und die Menschen dachten: »Hey, vielleicht ist das doch nicht das Ende der Welt«, und »Irgendwann, eines Tages, wird die *Federal Reserve* die Zinssätze wieder anheben.« Und so begannen die langfristigen Zinssätze wieder zu steigen. Aber sofort verwiesen einige Stimmen auf andere Ursachen für diesen Anstieg der Zinssätze: »Die Menschen sind nicht etwa optimistisch bezüglich einer wirtschaftlichen Erholung, sondern machen sich vielmehr Sorgen um das Defizit.« In Abbildung 6 markiert die »1« das Veröffentlichungsdatum des *Wall Street Journal*-Leitartikels, der die Rückkehr der *bond vigilantes* proklamierte. Mit den so genannten *bond vigilantes* waren

⁹ Einige Menschen glauben das tatsächlich, vgl. <http://www.dailyfinance.com/2010/10/27/glenn-beck-emergency-food-insurance-rations/>

jene Anleger gemeint, die mit einem nervösen Auge auf Defizite blickten und die Regierung auf dem Anleihenmarkt durch das Verlangen nach höheren Zinssätzen abstrafen würden, sollte sie Defizite nicht umgehend abbauen. Wie man in Abbildung 6 sehen kann, stagnierten die Zinssätze dann über einen längeren Zeitraum.

Im Herbst 2009 wurde deutlich, dass das Hilfspaket nicht einmal annähernd umfassend genug gewesen war. Klar war außerdem, dass wir nicht im Entferntesten so etwas wie einen robusten Aufwärtstrend erlebten. Die Arbeitslosigkeit lag viel höher als nach den optimistischen Prognosen der Regierung zu erwarten gewesen wäre. An diesem Punkt hätten wir wieder einen ernst gemeinten Versuch zur Stabilisierung der Wirtschaft erwarten können. Ein weiteres Arbeitsbeschaffungsprogramm wäre dringend nötig gewesen. Nach meinem Verständnis kam es nie zu diesem notwendigen Schub, weil viele glaubten, dass sich die Märkte jederzeit gegen die USA wenden könnten (dieser Moment ist in Abbildung 6 mit »2« gekennzeichnet). Der *carry-trade*, das heißt die Kreditaufnahme auf dem Geldmarkt eines Niedrigzinslandes und der gleichzeitige Kauf langfristiger US-Staatsanleihen, war kurz davor zusammenzubrechen, und es entwickelte sich eine Anleihenblase. Es war auffällig, wie viele Menschen, die nicht an die Immobilienblase geglaubt hatten, davon überzeugt waren, dass uns eine Anleihenblase bevorstand. Tatsächlich wurde keine dieser Prognosen Realität, wie Abbildung 6 zeigt.

Die dritte Phase, man könnte sie auch die »Griechische Periode« nennen, begann etwa im April 2010. Es stellt sich nun heraus, dass Griechenland einen enormen Schaden angerichtet hat. Nicht so sehr durch die Auswirkungen der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme des Landes – es macht letztlich nur zwei Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Eurozone aus – sondern vielmehr dadurch, dass es die Menschen denken ließ: »Oh mein Gott, uns kann jeden Tag das Schicksal von Griechenland ereilen.« Griechenland ist den anderen Ländern nicht wirklich ähnlich und unterscheidet sich deutlich von den USA. Zum einen hat das Land keine eigene Währung. Ein Grund dafür, warum die Probleme Griechenlands so schwer lösbar sind und Jahre zermürbender Deflation bevorstehen, ist die Tatsache, dass Griechenland – im übertragenen Sinne – an die Deutsche Mark gekoppelt ist. Griechenland hat das, was Ökonomen als äußerst schweres Anpassungsproblem bezeichnen, und es ist schwer vorstellbar, wie das Land das Steuer herumreißen will. Sogar die IWF-Zone prognostiziert für die nächsten Jahre gemessen am Bruttoinlandsprodukt eine steigende und keine sinkende Staatsverschuldung.

Und Griechenland ist nicht der einzige Krisenherd auf der Welt: Irland, zum Beispiel, hatte eine monströse Immobilienblase, an der Wirtschaft des Landes gemessen die größte aller westlicher Nationen. Das Land hat nun das Problem, dass die Regierung keine ausreichenden Mittel zur Rettung aller Banken besitzt.

Die Unfähigkeit der USA, die finanzpolitischen Nerven zu behalten, resultierte zu einem nicht geringen Teil daraus, dass die USA die Probleme Griechenlands und Irlands beobachteten und auf sich selbst zurück projizierten. Ich erinnere mich daran, im März/April 2010 sehr ärgerlich geworden zu sein, als ein moderater Anstieg der Zinssätze zu beobachten war, der mit großer Wahrscheinlichkeit auf falschen Optimismus bezüglich einer schnellen wirtschaftlichen Erholung der USA zurückzuführen war. In vielen Zeitungsartikeln in verschiedenen Publikationen war dann aber zu lesen (und zwar nicht als Hypothese, sondern als vermeintliche Tatsache), dass die Sorge über die Schuldenlast die treibende Kraft hinter den steigenden Zinsen sei. Abbildung 6 zeigt uns, dass die Zinsen seitdem stark gesunken sind. Wer dumm genug gewesen war, diese Geschichten über Zinssätze zu glauben und entsprechend handelte, hat in der Tat eine Menge Geld verloren.

All das behinderte die Wirksamkeit eines Konjunkturpakets zur ökonomischen Erholung. Dennoch spricht immer noch sehr viel für eine expansivere amerikanische Fiskalpolitik. Denn wir leiden unter Massenarbeitslosigkeit, haben einen großen Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur und die Regierung ist in der Position, Anleihen zu besonders günstigen Preisen ausgeben zu können. Wenn man einen Blick auf inflationsgeschützte Anleihen, sogenannte *TIPS* (*Treasury Inflation-Protected Securities*), wirft, liegt deren Verzinsung gerade bei etwa minus 0,4 Prozent. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann im Moment also zu einem negativen Realzinssatz leihen. Es ist somit unbestritten der richtige Zeitpunkt für Staatsausgaben, die wiederum zu wirtschaftlichem Wohlstand beitragen könnten, indem sie sowohl nötige Aufgaben erledigen, als auch Jobs für Arbeitslose schaffen, ohne dabei jedoch private Investitionen zu verdrängen. Aber leider wird es dazu nicht kommen.

Im November 2010 fanden in den Vereinigten Staaten die Zwischenwahlen zum Kongress statt. Selbst wenn die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigt hätten, wäre es nicht zu einer funktionsfähigen Mehrheit gekommen. Nun aber haben die Republikaner die Kontrolle über das Repräsentantenhaus und die Partei wird von denjenigen dominiert, die ideologisch strikt gegen jede Form von Konjunkturprogramm sind. Die Be-